



Vom Dritten Reich in die Bundesrepublik: Mehr Nazis als bislang gedacht, konnten ihre Karrieren im schleswig-holsteinischen Staatsapparat fortsetzen. Foto: Michael Kappeler/dpa

„Das hat mich erschreckt“

Historiker aus Flensburg haben im Landtag eine umfangreiche Studie vorgestellt, die belegt, dass mehr ehemalige Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg in hohen Positionen in Polizei, Justiz und Verwaltung tätig waren als bislang vermutet

Kay Müller

Vier Jahre nach Kriegsende ist Jann Dierk Siem zurück. Dem damals 41-jährigen, ehemaligen hohen Polizeibeamten, gelingt im März 1949 die Wiedereinstellung in den schleswig-holsteinischen Polizeidienst. Er steigt in den Folgejahren auf, wird Leiter der Polizeidirektion Lübeck, ab April 1962 sogar Referent für Organisation und Ausbildung der Schutzpolizei im Innenministerium. Siem gilt nach einem Entnazifizierungsverfahren als „entlastet“. Im so genannten Riga-Verfahren in Hamburg 1963 erklärt Siem, dass er nur Zeuge von Judenmordungen im Baltikum gewesen sein will. Zehn Jahre später verweigert Siem in einem weiteren Prozess um die Hinrichtung von Partisanenoperation „Winterzauber“ ganz maßgeblich und auch persönlich für NS-Gewaltverbrechen verantwortlich war“, heißt es jetzt in einer neuen Studie mit dem Titel „Geteilte Verstrickung: Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein“, die eine Forschergruppe der Uni Flensburg unter der Leitung von Uwe Danker erstellt hat.

„Das Ergebnis hat mich überrascht und erschreckt“, sagt der Professor – und meint damit vor allem den hohen Anteil von Männern, die in die Verbrechen der Nationalsozialisten verstrickt waren – und später weitgehend unbehelligt in er

Polizei, Justiz und Verwaltung der jungen Bundesrepublik weiterarbeiten konnten. „Wir hätten die Ergebnisse in diesem Ausmaß nicht erwartet“, so der Historiker. So stuft seine Stichprobe von Beschäftigten aus dem Jahr 1965 rund die Hälfte der Polizisten als „exponiert nationalsozialistisch“ ein – 20 Jahre nach Kriegsende. In einer anderen Stichprobe unter Staatsanwälten und Richtern des Jahres 1956 waren 90 Prozent ehemalige Mitglieder der NSDAP und 50 Prozent SA-Männer.

Insgesamt waren im Betrachtungszeitraum über ein Drittel der Justiz ehemalige Nazis. In der gesamten Verwaltung, die die Historiker unter die Lupe genommen haben, waren es 27,6 Prozent (siehe Grafik). Einige davon waren während des Krieges in Gebieten und Einheiten im Einsatz, in denen es zu Massenerschießungen kam.

Für Danker ist klar, dass allein durch den großen Anteil von ehemaligen Nazis in den schleswig-holsteinischen Funktionseliten besondere Seilschaften unter ihnen gar nicht nötig waren. „Wenn die biografischen Erfahrungsmuster so übereinstimmend sind wie in den von uns betrachteten Eliten, dürfen wir von selbstverständlicher Verständigung auch ohne bewusste Netzwerke ausgehen“, so der Historiker.

Danker und seine 14 Kollegen haben in den vergangenen eineinhalb Jahren 482 Biografien von Angestellten im öffentlichen Dienst aus den Jahren 1945 bis 1967 untersucht. „Wir nennen alle Namen“, sagt der Geschichtswissenschaftler. Er



„Offenkundig gelang es in Schleswig-Holstein, zu erheblichen Teilen belastete, ehemals massiv in NS-Unrecht verstrickte Funktionselemente zu reintegrieren und wieder mit funktionaler Macht auszustatten sowie ausgerechnet mit diesem Personal eine funktionierende Demokratie zu errichten.“

Uwe Danker
Leiter der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte an der Universität Flensburg

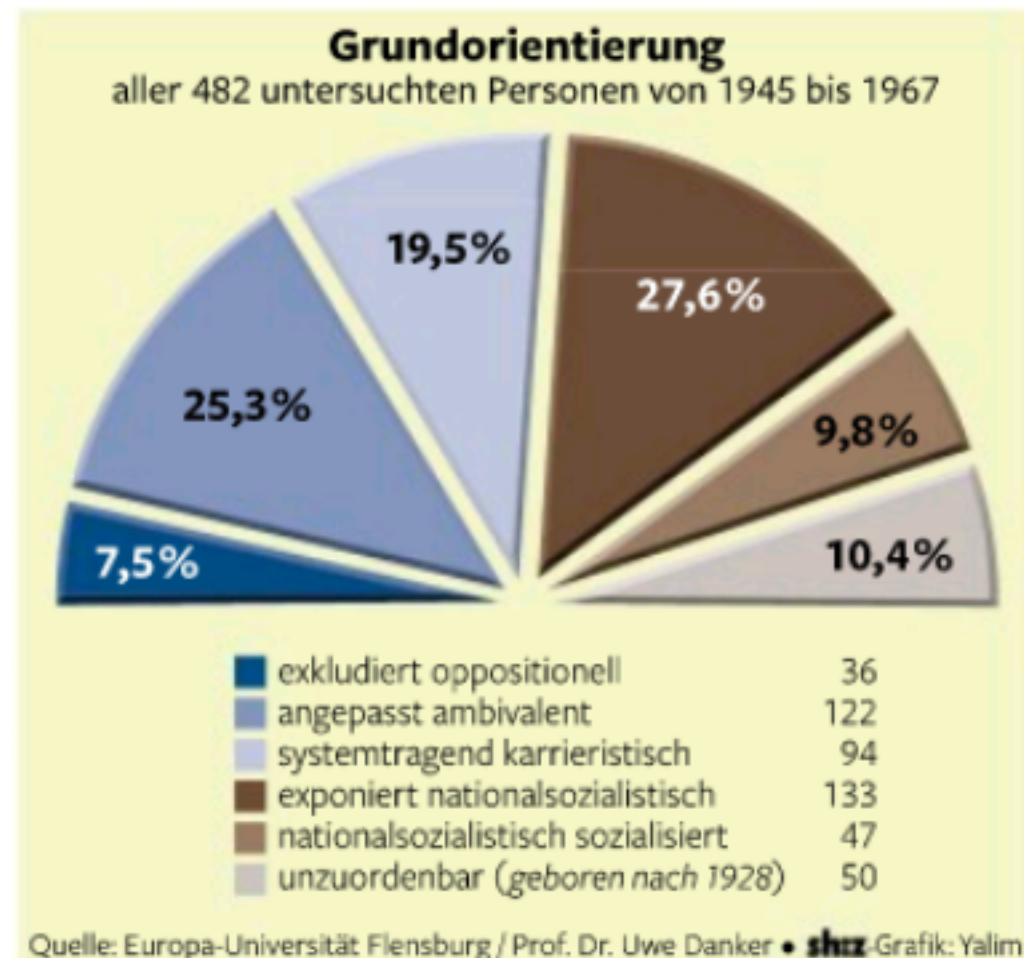
und sein Team haben die Angestellten und Beamten je nach ihren biografischen Stationen während der NS-Zeit in verschiedene Gruppen eingeteilt – und so versucht, die Kontinuitäten von NS-Funktionselementen in der Bundesrepublik herauszuarbeiten. Herausgekommen sind 1400 Seiten, die jeder in einer Landtagsdrucksache einsehen kann, denn das Parlament hat die Forschungen mit 200.000 Euro finanziert. Bereits vor fünf Jahren

hatten die Flensburger Forscher untersucht, wie viele Landtagsabgeordnete eine Nazi-Vergangenheit hatten, und waren dabei auf 8,2 Prozent „exponiert nationalsozialistisch“ geprägte Parlamentarier gekommen.

Für viele Historiker war Schleswig-Holstein nach dem Krieg geradezu ein Auffangbecken für ehemalige Nationalsozialisten. NS-Verbrecher wie der SS-Mann Werner Heyde, der massiv an der Tötung von Behinderten beteiligt war, oder der ehemalige SS-Gruppenführer Heinz Reinefarth konnten jahrelang unbehelligt im Norden leben – auch dank Menschen in den Verwaltungen, die sie deckten. Allerdings ist Danker vorsichtig, wenn es um eine Sonderrolle Schleswig-Holsteins geht. „So lange es keinen Vergleich von Bundesländern gibt, will ich dazu keine These wagen.“

Danker sieht in den „beklemmenden Ergebnissen“ seiner Forschungen trotzdem etwas Positives: „Offenkundig gelang es in Schleswig-Holstein, zu erheblichen Teilen belastete, ehemals massiv in NS-Unrecht verstrickte Funktionselemente zu reintegrieren und wieder mit funktionaler Macht auszustatten sowie ausgerechnet mit diesem Personal eine funktionierende Demokratie und einen stabilen Rechtsstaat zu errichten.“ Das sei auch heute in anderen Staaten möglich, in denen ein autoritäres durch ein demokratisches System ersetzt werde, so Danker. Das würde dann auch dort Biografien wie die von Jann Dierk Siem möglich machen.

• Die Studie im Internet: bit.ly/ns-vergangenheit-pdf



Wehrhafte Demokratie

KOMMENTAR



Kay Müller
ky@shz.de

Die These hat etwas: Weil ehemalige Nationalsozialisten nach 1945 in die Verwaltung der Bundesrepublik integriert wurden, ist die Demokratie so stabil geworden. So formuliert es sinngemäß der Flensburger Historiker Uwe Danker. Das sei wie in Preußen nach dem Kapp-Putsch von 1920 möglich gewesen, weil man gegen einen großen Teil der alten Eliten entschieden vorgegangen sei.

Doch Danker unterschätzt, dass die Integra-

tion von Staatsfeinden ihre Grenzen hat. Wenn zu viele Angehörige eines alten Regimes die neuen Eliten stützen sollen, kann das nicht funktionieren. Das zeigt eindrucksvoll das Beispiel der Weimarer Republik – und auch des „Freistaates“ Preußen, der zwar innerhalb des Reiches als Bollwerk der Demokratie galt. Im Juli 1932 konnten die dortigen Eliten dem so genannten Preußenschlag allerdings nichts entgegensetzen, der schließlich ein knappes Jahr später dem neuen Reichskanzler Adolf Hitler die Zentralisierung des Reiches mehr als erleichterte.

Die Bundesrepublik war vor allem so stabil, weil die Besatzer härter gegen alte Eliten durchgreifen konnten und der bald einsetzende wirtschaftliche Aufschwung die Menschen von der Demokratie überzeugte.